

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
A. Grundlagen .....	1
I. Begriffliche Vorüberlegungen .....	2
1. Staatliche und nichtstaatliche Akteure auf der internationalen Ebene .....	2
2. Die Herkunft des Konzepts der Partnerschaften aus dem innerstaatlichen Recht .....	4
II. Die Entstehung von Public-Private Partnerships (PPP) auf internationaler Ebene .....	5
1. Der Bedeutungsgewinn privater Akteure bei der Steuerung der internationalen Beziehungen .....	5
2. Private Legitimationsvermittlung und „governance gaps“ .....	7
3. Interdependenz von staatlichen und privaten Akteuren .....	9
III. Funktionen und Tätigkeitsfelder der PPP .....	11
IV. Informelle und formelle Varianten der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren .....	12
1. Informelle Kooperationsformen .....	13
2. Formelle Kooperationsformen .....	14
V. Vorteile der Kooperationen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren .....	14
VI. Zwischenfazit .....	16
B. Gang der Untersuchung .....	17
1. Kapitel: Definition des Untersuchungsgegenstandes und konkrete Erscheinungsformen .....	19
A. Definition des Begriffes der Public-Private Partnerships auf internationaler Ebene .....	19
I. Alternative Bezeichnungen für die hybriden Organisationsformen .....	20
II. Die Verwendung des Begriffes der PPP in der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft .....	21
1. Die Offenheit des Begriffes der PPP .....	21

2. Einschränkende Kriterien in der deutschen Verwaltungsrechtswissenschaft .....	22
3. Zwischenergebnis.....	23
<b>III. Die Verwendung des Begriffes der PPP in den internationalen Beziehungen.....</b>	<b>24</b>
1. Die Definition der Generalversammlung der Vereinten Nationen .....	25
2. Die Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).....	25
3. Die Definition des Internationalen Währungsfonds (IMF).....	26
4. Engere Definitionsansätze in der Literatur .....	26
5. Zwischenergebnis.....	27
<b>IV. Eigener Definitionsansatz .....</b>	<b>28</b>
1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.....	28
2. Institutionalisierte Zusammenarbeit mit gleichberechtigter Teilnahme von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren .....	28
3. Verfolgung eines komplementären Ziels .....	29
4. Eigene Rechtspersönlichkeit .....	30
<b>V. Zwischenergebnis.....</b>	<b>31</b>
<b>B. Erscheinungsformen internationaler PPP .....</b>	<b>32</b>
<b>I. Der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria .....</b>	<b>32</b>
1. Entstehungsgeschichte .....	33
2. Organisationsstruktur .....	35
3. Rechtsstatus .....	36
4. Finanzierung.....	37
5. Funktionen.....	38
<b>II. Die Welt-Anti-Doping Agentur (WADA) .....</b>	<b>39</b>
1. Entstehungsgeschichte .....	40
2. Organisationsstruktur .....	43
3. Rechtsstatus .....	45
4. Finanzierung.....	45
5. Funktionen.....	46

a. Harmonisierung der Verbandsregelungen gegen Doping im Sport .....	46
b. Implementierung der Anti-Doping-Bestimmungen.....	47
6. Exkurs: Die Bedeutung der UNESCO-Konvention gegen Doping im Sport .....	49
a. Regelungsinhalt der Konvention .....	50
b. Zusammenspiel der Konvention mit den Anti-Doping-Bestimmungen der WADA .....	51
c. Zwischenergebnis.....	52
III. Zusammenfassung .....	53
2. Kapitel: Völkerrecht und internationale Public-Private Partnerships.....	55
A. Die Völkerrechtssubjektivität der internationalen PPP .....	56
I. Begriff, Voraussetzungen und Bedeutung der Völkerrechtspersönlichkeit .....	57
1. Begriff der Völkerrechtspersönlichkeit.....	57
a. Akteure des internationalen Systems und Völkerrechtssubjektivität.....	57
b. Unbeschränkte und beschränkte Völkerrechtssubjektivität.....	59
c. Objektive Wirkung der Völkerrechtspersönlichkeit gegenüber Nichtmitgliedern .....	60
d. Völkerrechtspersönlichkeit und innerstaatliche Rechtspersönlichkeit .....	62
e. Zwischenergebnis .....	63
2. Voraussetzungen für das Vorliegen der Völkerrechtssubjektivität .....	63
a. Explizite oder implizite Verleihung der Völkerrechtssubjektivität .....	64
aa. Explizite Verleihung.....	64
bb. Implizite Verleihung .....	65
cc. Zwischenergebnis .....	65
b. Die Ausstattung mit völkerrechtlichen Rechten und Pflichten als Voraussetzung der Völkerrechtssubjektivität .....	65
aa. Die Auffassung des IGH im Reparations-Case .....	66
bb. Anforderungen in der Völkerrechtswissenschaft .....	68
aaa. Notwendigkeit einer Kombination an völkerrechtlichen Rechten und Pflichten .....	68
bbb. Erfordernis einer ermächtigenden oder verpflichtenden Norm .....	70
ccc. Stellungnahme .....	71

c. Struktur der ermächtigenden Norm.....	72
aa. Das subjektive Recht in der deutschen Rechtstheorie.....	73
bb. Anpassung an das Völkerrecht.....	74
aaa. Vorliegen eines völkerrechtlichen Rechtssatzes.....	75
bbb. Schutz des Interesses einer bestimmten Einheit .....	76
ccc. Konstitutives Erfordernis der Durchsetzbarkeit der Rechtsposition ....	77
(1). Befürwortende Ansicht.....	77
(2). Gegenauuffassung .....	79
(3). Stellungnahme .....	80
d. Zusammenfassung.....	82
II. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen PPP .....	84
1. Völkerrechtliche Rechts- und Pflichtenposition der WADA .....	84
a. Art. 2 Abs. 25, Art. 14 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
b. Art. 3 Buchst. c, Art. 13, 14, 16 Buchst. a, d und g des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
c. Art. 15 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	85
d. Art. 34 Abs. 1 S. 1 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport .....	85
e. Art. 29 S. 1 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	86
f. Art. 4 Abs. 3 des Unesco-Übereinkommens gegen Doping im Sport.....	86
g. Zwischenergebnis.....	87
2. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria.....	87
a. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund aus dem Sitzabkommen mit der Schweiz.....	88
aa. Lehre vom beschränkt völkerrechtlichen Vertrag .....	89
bb. Kollisionsrechtliche Lösung.....	91
cc. Zwischenergebnis .....	93
b. Völkerrechtliche Rechtspositionen des Global Fund aus Völkergewohnheitsrecht .....	93
c. Zwischenergebnis .....	96
III. Zusammenfassung.....	96

<b>B. Die PPP als internationale Organisationen im weiteren Sinne .....</b>	<b>97</b>
<b>I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den internationalen PPP und den zwischenstaatlichen internationalen Organisationen .....</b>	<b>97</b>
<b>1. Definition und Funktion der (zwischenstaatlichen) internationalen Organisation .....</b>	<b>98</b>
a. Völkerrechtlicher Gründungsvertrag.....	98
b. Mitgliedschaft.....	99
c. Organisatorischer Aufbau.....	101
d. Funktion .....	102
<b>2. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen Organisationen..</b>	<b>103</b>
a. Die internationalen Organisationen als gekorene Völkerrechtssubjekte 104	
b. „Basic capacity“-Lehre .....	105
c. Einzelne Rechtspositionen aus Völkergewohnheitsrecht.....	106
aa. Völkergewohnheitsrechtliche Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge.....	107
bb. Gewohnheitsrechtliche Akzeptanz des Gesandtschaftsrechts .....	108
cc. Die gewohnheitsrechtliche Gewährung von Privilegien und Immunitäten.....	109
d. Teleologische Interpretation des Gründungsvertrages.....	111
e. Zwischenergebnis .....	113
<b>3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den PPP und den internationalen Organisationen .....</b>	<b>113</b>
a. Strukturelle und funktionale Gemeinsamkeiten.....	113
b. Völkerrechtlicher Rechtsstatus.....	115
<b>II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den internationalen PPP und den nichtstaatlichen internationalen Organisationen .....</b>	<b>117</b>
<b>1. Definition und Funktion der nichtstaatlichen internationalen Organisation (NGO).....</b>	<b>117</b>
a. Die Definition des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen .....	118
b. Die Definition des Europarates .....	119
c. Aufnahme dieser Kriterien in der Völkerrechtswissenschaft .....	119
aa. Privatrechtliches Gründungsdokument .....	120

bb. Mitgliedschaft.....	121
cc. Organisatorischer Aufbau.....	122
dd. Funktionen.....	123
<b>2. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der nichtstaatlichen internationalen Organisationen .....</b>	<b>124</b>
a. Die Herleitung einer partiellen Völkerrechtssubjektivität der NGOs ....	125
aa. Begründung der partiellen Völkerrechtssubjektivität der NGOs .....	125
bb. Rechtspositionen der NGOs im völkerrechtlichen Primär- und Sekundärrecht .....	127
b. Kritik an der Annahme einer Völkerrechtssubjektivität der NGOs.....	128
c. Stellungnahme .....	129
d. Zwischenergebnis.....	130
<b>3. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den PPP und den NGOs.....</b>	<b>130</b>
a. Strukturelle Gemeinsamkeiten .....	131
b. Vergleichbarer völkerrechtlicher Rechtsstatus .....	131
c. Funktionale Unterschiede.....	132
<b>C. Zusammenfassung .....</b>	<b>133</b>
I. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der internationalen PPP .....	133
II. Die PPP als eine neue Organisationsform im Völkerrecht .....	134
III. Auswirkungen auf die Rechtsstellung von privaten Akteuren im Völkerrecht .....	135
<b>3. Kapitel: Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer ausländischen privatrechtlichen Organisation .....</b>	<b>137</b>
<b>A. Verfassungsrechtliche Grundaussagen.....</b>	<b>138</b>
I. Die Zulässigkeit der Beteiligung an einer privatrechtlichen Organisationsform.....	139
1. Der Grundsatz der freien Wahl der Organisationsformen .....	140
2. Die Aufrechterhaltung der Bindung an das öffentliche Recht bei Privatrechtstätigkeit.....	143
3. Folgerungen für die Wahl einer ausländischen privatrechtlichen Organisationsform.....	145

a. Rechtlicher Aussagegehalt des Art. 87d Abs. 1 S. 2 GG .....	145
b. Übertragung des Grundsatzes der freien Wahl der Organisationsform? .....	146
<b>II. Die Verfassungsentscheidung für eine offene Staatlichkeit.....</b>	<b>147</b>
1. Herleitung des Verfassungsgrundsatzes der offenen Staatlichkeit .....	148
2. Die rechtlichen Auswirkungen der offenen Staatlichkeit .....	149
a. Die Bedeutung von Staatszielbestimmungen im Allgemeinen .....	150
b. Die Bedeutung des Staatsziels der offenen Staatlichkeit im Besonderen .....	151
c. Bedeutung für die Auslegung des innerstaatlichen Rechts .....	152
3. Bezug der offenen Staatlichkeit auf internationale Kooperationsformen außerhalb des Völkerrechts? .....	153
4. Zwischenergebnis.....	154
<b>B. Verfassungsrechtliche Anforderungen .....</b>	<b>155</b>
<b>I. Die Ermächtigung zur Übertragung von Hoheitsrechten gem. Artikel 24 Abs. 1 GG .....</b>	<b>155</b>
1. Normzweck des Art. 24 Abs. 1 GG .....	157
a. Staatszielbestimmung .....	158
b. Ermächtigungsfunktion .....	159
c. Privilegierende Funktion .....	160
d. Legitimitätsfunktion .....	162
2. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Art. 24 Abs. 1 GG .....	162
a. Hoheitsrechte .....	162
aa. Die Durchgriffswirkung als wesentliches Merkmal eines Hoheitsrechtes .....	165
bb. Die Ausweitung des Anwendungsbereichs des Art. 24 Abs. 1 GG auf schlicht-hoheitliches Handeln .....	167
cc. Möglichkeit der Ausübung von Hoheitsrechten durch PPP.....	168
b. Übertragung von Hoheitsrechten .....	168
aa. Keine „Abtretung“ von Hoheitsrechten.....	168
bb. Die Übertragung als „Gesamtakt staatlicher Integrationsgewalt“ .....	169
cc. Die Wahrnehmung autonomer Hoheitsgewalt .....	170
c. Zwischenstaatliche Einrichtung .....	172

aa. Die internationalen Organisationen als der „Normalfall“ einer zwischenstaatlichen Einrichtung und die Zulässigkeit von anderweitigen völkerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten .....	172
bb. Institutionelle Anforderungen an die zwischenstaatliche Einrichtung .	173
cc. Die Unzulässigkeit der Übertragung von Hoheitsrechten auf NGOs ...	175
dd. Die PPP als zwischenstaatliche Einrichtung? .....	176
aaa. Die überwiegende Ansicht in Rechtsprechung und Literatur.....	176
bbb. Die Offenheit des Art. 24 Abs. 1 GG aufgrund seines Normzweckes.....	177
ccc. Gründe gegen die Anwendung des Art. 24 Abs. 1 GG auf die PPP ...	178
3. Analoge Anwendbarkeit des Art. 24 Abs. 1 GG?.....	180
4. Sperrwirkung des Art. 24 Abs. 1 GG.....	180
a. Generelle Beschränkung der Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen? .....	181
b. Reichweite der Sperrwirkung.....	182
5. Zwischenergebnis.....	184
II. Einhaltung der bundesstaatlichen Kompetenzordnung .....	185
1. Die ausschließliche Bundeskompetenz für den Bereich der auswärtigen Angelegenheiten .....	185
2. Anwendbarkeit auf die Beteiligung an einer PPP.....	186
III. Anforderungen des Rechtsstaatsprinzips .....	188
1. Bindung der Organisation an das Gemeinwohl .....	189
2. Der Grundsatz der Gewaltenteilung.....	190
a. Die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive .....	191
aa. Die konkurrierende Kompetenz zwischen Legislative und Exekutive im Bereich der Bundesverwaltung .....	192
bb. Die Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten .....	194
cc. Die Notwendigkeit einer analogen Anwendung des Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG .....	196
dd. Die Kompetenzverteilung innerhalb der Exekutive.....	198
b. Der Grundsatz funktionsgerechter Organstruktur.....	198
3. Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes.....	199
a. Der Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes.....	200

b. Der Grundsatz des Gesetzesvorbehalts .....	200
4. Bindung an die Grundrechte .....	201
a. Das Schutzniveau der Grundrechte bei Sachverhalten mit Auslandsbezug .....	202
b. Die Bindung der PPP an deutsche Grundrechte?.....	203
c. Die Bindung der deutschen Staatsgewalt an Grundrechte .....	204
aa. Anforderungen der Grundrechte an die Kompetenzen und Strukturen der PPP .....	204
bb. Bindung der deutschen Vertreter in den PPP an Grundrechte .....	206
5. Rechtsschutzgarantie, Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG.....	207
a. Möglichkeit der Ausübung öffentlicher Gewalt durch zwischenstaatliche Organisationen .....	208
b. Möglichkeit der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Private.....	208
c. Zulässigkeit der Vereinbarkeit einer ausländischen Gerichtsbarkeit.....	209
d. Anforderungen der Rechtschutzgarantie für die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an einer PPP.....	210
6. Zusammenfassung.....	210
IV. Vorgaben des Demokratieprinzips.....	212
1. Das Erfordernis der effektiven demokratischen Legitimation bei der Ausübung von Staatsgewalt .....	213
a. Legitimationsformen .....	213
b. Das Legitimationsniveau.....	216
2. Die Zulässigkeit der Beteiligung der deutschen Staatsgewalt an privatrechtlichen Organisationsformen aus der Perspektive des Demokratieprinzips .....	217
3. Das Erfordernis demokratischer Legitimation bei internationalen Konstellationen .....	219
a. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Demokratieprinzip und der internationalen Offenheit des Grundgesetzes .....	220
b. Die Vermittlung demokratischer Legitimation bei internationalen Kooperationen .....	221
c. Keine Erweiterung der parlamentarischen Zustimmungsrechte .....	223
4. Die Anforderungen des Demokratieprinzips an die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den PPP .....	225

a. Die Notwendigkeit der Orientierung anhand des Maßstabs für internationale Sachverhalte .....	225
b. Die Möglichkeiten der Legitimationsvermittlung bei den PPP .....	226
c. Die demokratietheoretische Beurteilung der Beteiligung der deutschen Staatsgewalt an einer PPP .....	227
aa. Bedenken gegen die Beteiligung .....	227
bb. Lösung über einen völkerrechtlichen Vertrag? .....	228
d. Ergebnis .....	229
V. Vorgaben des Sozialstaatsprinzips .....	230
VI. Weitere Verfassungsvorgaben .....	231
1. Vorbehaltsbereiche für Verwaltungsträger, Art. 86 ff. GG .....	231
2. Funktionsvorbehalt für Beamte, Art. 33 Abs. 4 GG .....	233
a. Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse .....	233
b. Ausnahmemöglichkeiten .....	235
3. Vorgaben des Haushaltsverfassungsrechts .....	236
a. Die Budgethoheit des Bundestages nach Art. 110 Abs. 2 GG .....	236
b. Einhaltung des Gebots der Wirtschaftlichkeit, Art. 114 Abs. 2 S. 1 GG .....	237
4. Achtung der Gebietshoheit des Heimatstaates der PPP gem. Art. 25 S. 1 GG .....	239
5. Achtung der Identität des Grundgesetzes gem. Art. 79 Abs. 3 GG .....	240
C. Zusammenfassung .....	241
I. Positive Grundhaltung der Verfassung gegenüber den PPP .....	242
II. Grenzen durch Art. 24 Abs. 1 GG und das Demokratieprinzip .....	243
Fazit .....	245
A. Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit .....	245
I. Die Erscheinungsform der Public-Private Partnership auf internationaler Ebene .....	245
II. Definition und Erscheinungsformen .....	246
III. Der völkerrechtliche Rechtsstatus der PPP .....	248

<b>IV. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an einer ausländischen privatrechtlichen Organisation.....</b>	<b>251</b>
<b>B. Schlussbetrachtung und Ausblick.....</b>	<b>256</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>259</b>